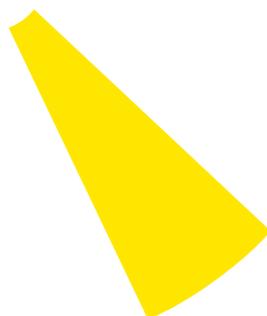




TEMPO **FÜR DEUTSCHLAND**

Positionspapier



**Freie
Demokraten**

Fraktion im
Bundestag **FDP**

Positionspapier: Tempo für Deutschland

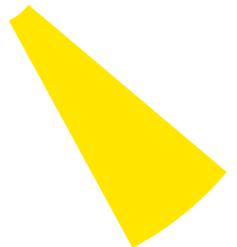
Deutschland verschläft seine Zukunft. Auf eine sich immer stärker andeutende Rezession ist Deutschland schlecht vorbereitet. Unserem Land droht nicht nur eine Konjunkturkrise, sondern eine langfristige Strukturkrise. Der Bundesregierung ist es in den vergangenen zwölf Monaten des kontinuierlichen Abschwungs nicht gelungen, die richtigen Weichen zu stellen. Während andere Länder wie Frankreich und die USA sich verändern und die Unternehmensbesteuerung reformieren, rutschen wir ab. In Deutschland zahlen oft schon Facharbeiter den Spitzensteuersatz. Die Steuerbelastung für Unternehmen liegt im Durchschnitt bei 31 Prozent und damit weit über dem OECD-Durchschnitt von 23,4 Prozent. Damit sinkt die Attraktivität unseres Standorts und den Unternehmen fehlen die Mittel für Investitionen.

Statt entschieden zu handeln, korrigiert die Bundesregierung seit Monaten die Wachstumsprognosen nach unten und reagiert lediglich mit Strategien und Ankündigungen. Was fehlt, ist eine schnelle, mutige und konsequente Umsetzung. Als Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag sind wir der festen Meinung: Deutschland braucht Tempo. Wir brauchen mehr Wirtschaft, mehr Wachstum und mehr Wohlstand. Nur so wird es uns gelingen, den großen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu begegnen. Vom Klimaschutz über den sozialen Ausgleich bis hin zur Alterung der Gesellschaft und den damit steigenden Kosten für Gesundheit, Pflege und Rente.

Unser Land muss jetzt raus aus der Lethargie, um die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Dabei verstehen wir Freien Demokraten uns als Tempomacher mit folgender Agenda:

Seit dem Überwinden der Finanzkrise im Jahr 2010 betrug das Wachstum im Durchschnitt ca. zwei Prozent pro Jahr. Für 2019 prognostiziert die Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute nur noch ein Wachstum in Höhe von 0,5 Prozent. Das Potenzialwachstum, also die langfristige Veränderung des Bruttoinlandsprodukts, sinkt sogar schon seit Jahren ab. Solange es uns nicht gelingt, das BIP-Wachstum wieder in eine Größenordnung von zwei Prozent zu bringen, dürfen keine wachstumsfeindlichen Maßnahmen umgesetzt werden, d. h.

- keine Steuererhöhungen,
- keine neue Bürokratie,
- keine neuen Umverteilungsprogramme,
- keine zusätzlichen Ausgaben für konsumtive Zwecke,
- keine Eingriffe in die unternehmerische Freiheit.



Stattdessen müssen die Überschüsse im Bundeshaushalt für Investitionen, Sonderabschreibungen und eine stärkere steuerliche Forschungsförderung verwendet werden. Daneben müssen auch Rahmenbedingungen wie das Planungsrecht verändert werden, damit zur Verfügung stehende Investitionsmittel schneller in die vorgesehenen Projekte fließen als bisher. Sozialversicherungsbeiträge wollen wir schneller und entschiedener da senken, wo bereits ausreichend hohe Rücklagen vorhanden sind, wie etwa in der Arbeitslosenversicherung. Denn Sozialkassen sind keine Sparkassen. Außerdem dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass – laut Deutscher Rentenversicherung – der Rentenbeitragssatz von heute 18,6 Prozent auf 22 Prozent im Jahr 2030 ansteigen wird. Die Große Koalition hat diese Entwicklung durch ihre Rentengeschenke noch verschärft und weiteres Öl ins Feuer gekippt. Die Kosten für ihre Gießkannen-Politik liegen laut Rentenversicherung bis 2030 bei kumuliert einer Viertelbillion Euro. Deshalb wollen wir den Beitragssatz zur Rentenversicherung auf maximal 20 Prozent begrenzen. Denn ein höherer Beitragssatz bringt keine höheren Rentenansprüche – und keine Generation zuvor hat für ihre Rente mehr als ein Fünftel des Bruttolohns abführen müssen. Das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Die sich andeutende Strukturkrise können wir nur mit Erfindergeist, höheren Investitionen und mehr Kapitaleinsatz überwinden. Dafür ist auch eine substanzielle steuerliche Entlastung bitter nötig. Erst durch Spielräume für private Investitionen werden selbstfahrende Autos, klimafreundliche Flugzeuge, Flugtaxi, die digitale Gesundheitsversorgung und vieles mehr möglich. Wirtschaftliches Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern bringt Neues und Besseres hervor: Aus der Schreibmaschine haben sich der Computer und Mobiltelefon entwickelt, beim Auto schaffen der Airbag oder autonomes Fahren mehr Sicherheit, als dies in der Vergangenheit möglich war. An dieser Erfolgsgeschichte der Innovation Nation wollen wir in Deutschland weiter anknüpfen. Deswegen sind wir der Meinung, dass wir nicht eine Agenda des Verzichts und der Verbote brauchen, sondern eine Agenda der Innovation, des Muts und des Wachstums.

Denn der Wohlstand in Deutschland ist selbst verantwortlich in Gefahr. Mit einem Industrieanteil von 23 Prozent am Bruttoinlandsprodukt liegen wir weit über dem europäischen Durchschnitt von 15 Prozent. Doch insbesondere die Industrie steht vor großen strukturellen Herausforderungen. Beim Maschinenbau, dem größten Arbeitgeber in Deutschland, zeichnet sich ein Produktionsminus von zwei Prozent ab. Die Aufträge sind zum Vorjahr um neun Prozent eingebrochen. Die Automobilbranche als Rückgrat unseres Wohlstandes ist besonders betroffen, wenn die Bundesregierung auf der einen Seite den Klima- und Strukturwandel verschläft, aber gleichzeitig fehlgeleitete Regulierungen vornimmt. Wenn wir nicht gemeinsam die technologischen Umbrüche in innovative Mobilitätskonzepte der Zukunft umsetzen, nimmt der Industriestandort Schaden. Deshalb ist eine Frontstellung gegen die Industrie in der Umweltpolitik kontraproduktiv, weil nur eine marktwirtschaftlich öko-liberale Innovationsoffensive die Lösung für den Klimawandel bereithält. Wirtschaftswachstum und Wohlstand für alle können durch Innovation und Fortschritt von Umweltverschmutzung, Gefährdung der Biodiversität und CO₂-Emissionen entkoppelt werden. Auch dafür brauchen wir mehr Tempo.

1. Tempo in der digitalen Wirtschaft: Disruptionswegweiser einrichten

Deutschland droht seine Treiber von Innovation und Digitalisierung, die jungen Start-ups und Unternehmen, an das Ausland zu verlieren. Laut einer Umfrage des Digitalverbands Bitkom denkt jedes vierte Start-up über einen Umzug ins Ausland nach. Grund: In Deutschland gibt es zu wenig Finanzierungsmöglichkeiten für Start-ups. Um die Wirtschaft für den digitalen Wandel fit zu machen, müssen wir daran dringend etwas ändern. Wir brauchen mehr Wagniskapital und höhere Anreize, damit Start-ups und Wachstumsunternehmen langfristig ihr Eigenkapital investieren. Denn junge, innovative Unternehmen sind Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung. Sie sind die Treiber von Innovation und Digitalisierung von heute – und der Nährboden, aus dem der Mittelstand von morgen und die globalen Unternehmen von übermorgen entstehen. Dazu brauchen wir nicht nur Gründer-, sondern auch Innovationsgeist. Besonders wichtig dafür sind ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten und Wagniskapital. Damit die in Deutschland gegründeten Unternehmen die Chance haben, ihre Produkte „Made in Germany“ auf dem deutschen und internationalen Markt anzubieten und zu wachsen. Unsere Lösung:

- **Einen Eigenkapitalturbo einzuführen und somit höhere Anreize zu setzen, damit Start-ups und Wachstumsunternehmen langfristig und nachhaltig ihr Eigenkapital investieren, z. B. durch die Verbesserung der Thesaurierungsbegünstigung (§34a EStG).**
- **Einen Zukunftsfonds für Wagniskapital einzurichten, damit mehr Kapital privater und institutioneller Anleger gebündelt und in deutsche Venture-Capital-Fonds investiert wird. So sorgen wir für mehr Wagnis- und Risikokapital für wachsende Start-ups.**
- **Innovative Geschäftsmodelle zu fördern und den digitalen Wandel zu ermöglichen, z. B. durch flexiblere und offenere Regelungen bzw. die Etablierung moderner Regelungsrahmen. Um der Disruption gerecht zu werden, sollten bisherige Regelungen überprüft und – sofern erforderlich – an neue Geschäftsmodelle angepasst werden.**



2. Tempo beim digitalen Wandel: Fair Play in der digitalen Wirtschaft herstellen

Globalisierung und Digitalisierung verändern unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Das führt nicht nur zu neuen Produkten und Geschäftsmodellen, sondern auch zu einem Umbruch traditioneller Marktlogiken. Treiber dieser Entwicklung sind digitale Plattformen und global agierende Digitalunternehmen. Derzeit werden die digitalen Märkte allerdings stark von einzelnen Global Playern dominiert und es herrscht ein Ungleichgewicht. Ohne Fair Play gibt es keinen funktionierenden Wettbewerb im Sinne der sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen, dass deutsche und europäische Unternehmen an Tempo zulegen, diesen Vorsprung aufholen und auf dem digitalen Markt international wettbewerbsfähig werden. Damit „Made in Germany“ auch in der digitalen Wirtschaft als Gütesiegel für höchste Qualität von innovativen Geschäftsmodellen und digitalen Produkten gilt. Für ein Fair Play in der digitalen Wirtschaft müssen wir:

- **Das Wettbewerbsrecht (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) an den digitalen Wandel und die zunehmende Globalisierung anpassen, insbesondere bei der Fusionskontrolle und der Missbrauchsaufsicht, damit deutsche Unternehmen sich in der digitalen Wirtschaft etablieren und international wettbewerbsfähig sein können.**
- **Bei allen Regulierungsvorhaben in der Plattformökonomie die Unterschiede der verschiedenen digitalen Plattformen B2B („Business-to-Business“) und B2C („Business-to-Consumer“) berücksichtigen. Um im Bereich der reinen M2M-Kommunikation („Machine-to-Machine“) und den dabei anfallenden Daten die Anwendung der DSGVO zu vermeiden, ist eine Klarstellung erforderlich, wann Daten im industriellen Kontext als nicht-personenbezogen zu betrachten sind. Die Bundesregierung soll sich außerdem konstruktiv an der laufenden Evaluierung und Weiterentwicklung der DSGVO beteiligen, insbesondere im Hinblick auf die Frage, ob die DSGVO in ihrer vorliegenden Form innovationshemmend wirkt. Auch die Möglichkeit, mit anderen Unternehmen und Stakeholdern zu kooperieren, um gemeinsam Plattformlösungen anzubieten, sollte erhalten bleiben. Denn nur mit dem notwendigen Freiraum können Unternehmen innovativ ihre digitalen Plattformen weiterentwickeln und sich im internationalen Wettbewerb behaupten.**
- **Die Künstliche Intelligenz als eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts fördern und eine sichere und wettbewerbsfähige Infrastruktur für die Nutzung von Daten einrichten. Mit einer solchen souveränen Dateninfrastruktur ermöglichen wir den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern den souveränen Austausch von Daten. Denn das Auto der Zukunft wird nicht nur geteilt, es fährt vor allem automatisiert. Ziel muss sein, eine zukunftsweisende Datenökonomie aufzubauen und Datensouveränität zu gewährleisten.**

3. Tempo bei Entlastungen: Soli jetzt abschaffen und Steuern reformieren

Wir wollen die deutschen Unternehmen von unnötiger Bürokratie befreien, die Gesamtsteuerbelastung aus Körperschaft- und Gewerbesteuer auf maximal 25 Prozent senken und den Standort Deutschland stärken. Immer mehr Länder in Europa, aber auch weltweit reformieren die Unternehmensbesteuerung und entlasten damit ihre Wirtschaft und verbessern die Standorte. Die Bundesregierung sieht allerdings keinen Handlungsbedarf, sondern ruht sich auf dem aktuellen Level aus. Deutschland gehört zu den Ländern mit den höchsten Steuersätzen für Unternehmen. Allerdings mehren sich die Indikatoren, dass auch der deutschen Wirtschaft schwere Zeiten bevorstehen. Es muss daher unser Ziel sein, die Unternehmen zu entlasten; zum einen durch die Senkung der Unternehmenssteuerbelastung, zum anderen mit dem Abbau von unnötiger Bürokratie und der Vereinfachung der Verfahren. Wir sehen die Entlastung der Unternehmen und den Bürokratieabbau als Investition in die Zukunft. Deshalb fordern wir:

- **Das Solidaritätszuschlaggesetz 1995 zum 1.1.2020 aufzuheben und somit den Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen. Damit entlasten wir Bürgerinnen und Bürger, wie auch die Unternehmen.**
- **Den Körperschaftsteuersatz von derzeit 15 auf höchstens 12,5 Prozent abzusenken, um international wieder wettbewerbsfähig zu werden.**
- **Systemwidrige Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer abzuschaffen, durch Verbesserung der Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer (§35 EStG) bei der Einkommensteuer und der Abziehbarkeit der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe die Unternehmen zu stärken. In einem weiteren Schritt soll die Gewerbesteuer abgeschafft werden und durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer ersetzt werden. So verbleibt mehr Geld in den Unternehmen und steht für Investitionen zur Verfügung.**
- **Den Einkommensteuertarif zum Chancentarif weiterzuentwickeln, so dass die Steuerlast nicht bei den kleinen und mittleren Einkommen am stärksten ansteigt. Dazu soll der zweite Tarifeckwert zum 1.1.2020 von 14.532 Euro um 1.000 Euro auf 15.532 Euro erhöht und damit „nach rechts verschoben“ werden, so dass der jeweils nächste Steuersatz erst bei einem höheren Einkommen greift. Damit werden die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen entlastet, der sogenannte Mittelstandsbauch abgeflacht und der Tarif leistungsgerecht und chancenorientiert umgestaltet.**

4. Tempo für Abschreibungen: Investieren soll sich wieder lohnen

Steuerliche Rahmenbedingungen sind ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft. Damit sind auch die Abschreibungsbedingungen eng verbunden, da sie direkte Auswirkungen auf die Investitionen haben. Um kurzfristig die Wirtschaft dabei zu unterstützen mehr zu investieren, fordern die Freien Demokraten ein Investitions-Sofortprogramm:

- Eine zeitlich auf zwei Jahre begrenzte degressive Abschreibung für alle beweglichen Wirtschaftsgüter einzuführen.
- Eine Sonderabschreibung für Wirtschaftsgüter einzuführen, die der digitalen Transformation dienen.
- Eine Sonderabschreibung für energetische Gebäudesanierungen einzuführen.
- Die lineare Abschreibung für Wohngebäude von zwei auf drei Prozent zu erhöhen, um Wohnrauminvestitionen zu fördern – statt immer neuer Deckelungen und Enteignungsdebatten, die keinen einzigen Quadratmeter Wohnraum schaffen.

5. Tempo in der Energie- und Klimapolitik: marktwirtschaftlich und technologieoffen

Die Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung ist kleinteilig, national und ineffizient. Sie verhindert durch starre Vorgaben und eine Vielzahl unabgestimmter Instrumente Innovationen und langfristige Planungssicherheit. Sie hat dazu geführt, dass Deutschland die höchsten Strompreise in Europa hat. Der dringend notwendige Netzausbau stockt dramatisch. Von 7.700 benötigten Kilometern im Übertragungsnetz sind lediglich 1.100 Kilometer realisiert. Die Klimaschutzziele werden hingegen nicht erreicht. Die einseitige Klimapolitik im Verkehrssektor gefährdet zahlreiche Arbeitsplätze in einer der wichtigsten Industriebranchen Deutschlands.

- Wir fordern echte Technologieoffenheit in der Klimapolitik und die Diskriminierung von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen gegenüber batterieelektrischen Antrieben zu beenden.
- Der Netzausbau in Deutschland muss schneller vorangetrieben werden, um die Versorgungssicherheit zu erhalten und eine Spaltung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen zu verhindern.
- Die europaweit höchsten Strompreise wollen wir durch eine Reduktion der staatlich veranlassten Preisbestandteile wie z. B. der Stromsteuer senken.
- Den teuren und klimapolitisch fragwürdigen Kohleausstieg lehnen wir ab, da das Ende der Kohleverstromung im europäischen Emissionshandel ohnehin bereits angelegt ist.
- Wir wollen die Sektoren Gebäude und Verkehr in das europäische Emissionshandelssystem integrieren, statt eines verfassungsrechtlich fragwürdigen nationalen Brennstoffemissionshandels.
- Starre Sektorziele, wie im Klimaschutzgesetz vorgesehen, halten wir nicht für sinnvoll. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen außerdem eine möglichst hohe zeitliche Flexibilität zum Erreichen der Klimaschutzziele ermöglichen.

6. Tempo beim Bürokratieabbau: Für eine Investition in die Zukunft

Bürokratie und Überregulierung belasten die Bürgerinnen und Bürger sowie die deutschen Unternehmen und bremsen die Wirtschaft. Seit 2011 sind die Bürokratiekosten für die deutsche Wirtschaft insgesamt um knapp fünf Milliarden Euro gestiegen. Mit Hilfe der 2014 eingeführten Bürokratiebremse „One in, One out“ ist die deutsche Wirtschaft zwar um rund 880 Millionen Euro entlastet worden, doch in den vergangenen zwölf Monaten wurde dies nahezu vollständig wieder zunichtegemacht: Neue Regelungen verursachten einen Mehraufwand von 831 Millionen Euro. Das ist Geld, das den deutschen Unternehmen an anderer Stelle für Investitionen fehlt. Ohne Investitionen gibt es weniger Wachstum. Gerade in Zeiten einer immer stärker drohenden Rezession ist das fatal. Deshalb müssen wir das Tempo beim Bürokratieabbau beschleunigen und die Unternehmen entlasten, damit ihnen unter anderem mehr Finanzmittel für Investitionen zur Verfügung stehen. Für eine Investition in die Zukunft fordern wir:

- Den Entwurf für ein Bürokratieentlastungsgesetz IV vorzulegen, in dem die Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege und andere steuerrelevante Unterlagen von zehn auf fünf Jahre verkürzt werden (§ 147 Abs. 3 AO), eine zeitnahe Betriebsprüfung gewährleistet und die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn vereinfacht werden (§ 17 Abs. 1 MiLoG).
- Die Bürokratiebremse „One in, one out“ in „One in, two out“ sowie qualitativ und quantitativ weiterzuentwickeln. Denn eine Bremse, die den einmaligen Erfüllungsaufwand und die Umsetzung von europäischem Recht nicht erfasst, funktioniert nicht, sondern lässt die Unternehmen ungebremst gegen die Wand der überbordenden Bürokratie rasen. Dazu gehört auch, europäische Rechtsakte prinzipiell 1:1 in nationales Recht umzusetzen. So werden die Unternehmen von überbordender Bürokratie entlastet und haben mehr Mittel für Investitionen zur Verfügung.
- Schnellere Investitionsentscheidungen durch Vereinfachung des Vergaberechts herbeizuführen. Dazu sollte das elektronische Vergabeverfahren (eVergabe) gestärkt und die Vergabeverfahren generell länderübergreifend harmonisiert werden, z. B. durch die Pflicht zur Nutzung einheitlicher Formulare und Formulierungen.
- Regulierungsvorschriften anzupassen, so dass auch für Kleinanleger Teilhabe ohne eine Gefährdung des Anlegerschutzes möglich wird, um aus möglichst vielen Anlegern „Ermöglicher“ für Unternehmenserfolge zu machen. Somit wird in der Finanzmarktregulierung nicht nur über Vereinfachung, Proportionalität und Wechselwirkungen geredet, sondern diese auch zielgerichtet umgesetzt.
- Die Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrswegebau zu entbürokratisieren und zu beschleunigen, um schneller die Ertüchtigung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur voranzutreiben. Dazu gehören neben einer stärkeren Nutzung des Instruments der Plangenehmigung, insbesondere bei Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen bei Brückenbauwerken, die Bündelung des zweistufigen Zulassungsverfahrens aus Raumordnungsverfahren und Planfeststellungsverfahren in einen Genehmigungsprozess, die Wiederherstellung der bewährten Präklusionsregelung zur zeitlichen Beschränkung von Einwendungen, sowie die Einführung eigener Baugesetze für Infrastrukturprojekte von großer nationaler Bedeutung nach dem Vorbild Dänemarks.

7. Tempo für mehr Wettbewerbsfähigkeit: Sozialabgaben senken – Anstieg langfristig begrenzen

Die Große Koalition hat in den vergangenen Jahren – etwa durch die zweimalige Erhöhung der Mütterrente oder die Einführung der Rente ab 63 – milliardenschwere Wahlgeschenke verteilt. Die Kosten für diese Gießkannen-Politik liegen laut Deutscher Rentenversicherung bis 2030 bei kumuliert rund einer Viertelbillion Euro. Schon in dieser Legislaturperiode liegt der Rentenbeitragssatz zudem fast einen Prozentpunkt höher, als es ohne die beiden Rentenpakete 2014 und 2018 der Fall wäre. Nach den Projektionen der Deutschen Rentenversicherung werden die zukünftigen Rentenausgaben nur durch einen schrittweisen Anstieg des Rentenbeitragssatzes von aktuell 18,6 Prozent auf rund 22 Prozent im Jahr 2030 finanzierbar sein. Dies aber hätte enorme negative Auswirkungen auf sowohl die Lohnnebenkosten der Arbeitgeber als auch auf die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer. Zusätzlich würde der Bundeshaushalt durch einen erheblichen Anstieg des Bundeszuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung belastet. Dies kann sogar so weit gehen, dass Steuern erhöht werden müssten.

- **Wir dürfen uns nicht einfach mit langfristig steigenden Sozialabgaben abfinden. Arbeit würde so weiter verteuert und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen negativ beeinflusst. Deshalb sollte der Beitrag zur Rentenversicherung bei maximal 20 Prozent begrenzt werden! Wenige Jahre ausgenommen – war nämlich noch keine Generation gezwungen, mehr als ein Fünftel des Bruttolohns an die Rentenversicherung abzugeben.**
- **Zusätzlich sollte dort, wo die Rücklagen bereits stark angewachsen sind, der Raum für Beitragssatzsenkungen schneller und entschiedener genutzt werden. Dies ist mit einer aktuellen Rücklage von rund 25 Milliarden Euro in der Arbeitslosenversicherung der Fall. Deshalb wäre eine Senkung des Beitragssatzes um 0,3 Prozentpunkte auf 2,2 Prozent folgerichtig. Das bringt mehr Netto vom Brutto und entlastet Unternehmen und insbesondere geringe und mittlere Einkommen um rund 4 Milliarden Euro jährlich.**

8. Tempo für solide Finanzen: Schuldenbremse 2.0 einführen

Mit der Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz hat eine liberale Idee Verfassungsrang erhalten. Staatsausgaben sollen demnach grundsätzlich von jeder Generation selbst verantwortet und Schulden nicht mehr zukünftigen Generationen aufgebürdet werden. Allerdings erfasst die Schuldenbremse auf Bundesebene nur den vom Parlament zu verabschiedenden Bundeshaushalt, also steuerliche Mittel. Die Kosten der Sozialversicherung, wie Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, werden von der Schuldenbremse nicht erfasst. Die Große Koalition hat deshalb bereits durch die Erhöhung der Mütterrente und die Einführung der Rente ab 63 milliardenschwere Wahlgeschenke auf Kosten der Beitragszahler der Rentenversicherung gemacht und plant wohl auch zukünftig die Schuldenbremse über den Umweg der Sozialversicherung auszuhebeln – siehe Grundrente. Eine solche Form der Querfinanzierung auf Kosten nachfolgender Generationen wollen wir durch eine Schuldenbremse 2.0 unterbinden, um die nachhaltige Finanzierung der Sozialversicherung langfristig zu schützen und zu bewahren. Wir fordern deshalb:

- **Eine Schuldenbremse 2.0 im Grundgesetz zu verankern, damit zukünftig versicherungsfremde Leistungen in den einzelnen Sozialversicherungszweigen sachgerecht durch Steuermittel finanziert werden.**
- **Die Schuldenbremse 2.0 auch auf alle privatrechtlichen Beteiligungsgesellschaften der öffentlichen Hand – wie etwa die Deutsche Bahn – zu erstrecken, um Aufweichungen und drohende Umgehungen, z. B. über Schattenhaushalte, auszuschließen.**

9. Tempo für Innovationen: Entdecken, Forschen und Experimentieren eine Chance geben

Experimente und Freiheit sind Schlüssel für Innovation und Fortschritt. Eben jener Fortschritt sichert den Wohlstand in ganz Deutschland. Wir wollen mehr Freiheitsräume durch die Schaffung von Freiheitszonen. Freiheitszonen sind räumlich oder sachlich abgegrenzte Bereiche innerhalb einer Volkswirtschaft. Sie besitzen im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen einen höheren Freiheitsgrad und bieten besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen. So erhöhen wir die Agilität der Volkswirtschaft und schaffen auch für kleine Betriebe mehr Chancen. Auf diese Weise sollen Gründungen und Ansiedlungen von Unternehmen wie auch Unternehmensnachfolgen erleichtert werden. Gerade der Föderalismus bietet die Chance für Lösungen vor Ort. Wir wollen weniger Umverteilung von Oben, sondern Chancen für strukturschwächere Regionen bieten, um ihre Situation selbst durch Innovationen und wirtschaftlich günstige Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir fordern:

- **Freiheitszonen einzurichten, in denen die öffentliche Verwaltung digitale Experimente voranbringen kann. Damit in einer lokalen projektorientierten Zusammenarbeit mit Unternehmen praktikable Lösungen zum Abbau bürokratischer Hindernisse erarbeitet werden können.**
- **In diesen Freiheitszonen gesonderte Investitionszulagen für Innovationen zuzulassen und die Ausgründungen aus Hochschulen besser durch regional ausgerichtete Gründungsinitiativen und -projekte zu fördern.**
- **In diesen Freiheitszonen im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen unterhalb der EU-Schwellenwerte die vergaberechtlichen Anforderungen auf das erforderliche Mindestmaß zu reduzieren, vergabefremde Kriterien zu minimieren und ein unbürokratisches Verfahren der Vorzertifizierung von Unternehmen zu entwickeln.**

10. Tempo im Freihandel: Herausforderungen durch China und die USA annehmen

Freihandel ist der Garant des weltweiten wirtschaftlichen Wohlstands und des Friedens. Es wird durch die Strafzölle der USA immer deutlicher, welche negativen Auswirkungen Protektionismus auf den Mittelstand und die Arbeitsplätze in Deutschland hat. Wir Freie Demokraten wollen den Schutz der individuellen Freiheit, der Vielfalt und der Sozialen Marktwirtschaft in Abkommen der WTO, aber auch in bilateralen Freihandelsabkommen. Deshalb brauchen wir auch weiterhin europäische Investitionsschutzabkommen. In der Überzeugung, dass der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen in Zeiten eines gesteigerten Protektionismus gestärkt werden muss, wünschen wir uns nicht nur die Wiederaufnahme der Verhandlungen um TTIP; wir fordern auch ein Freihandelsabkommen mit China. Gerade gegenüber den USA müssen wir deutlich machen, dass die Demontage und Blockade der Welthandelsorganisation (WTO) ein enormes Risiko für die Weltwirtschaft darstellt. Die WTO ist der Garant für den auf Regeln basierenden Freihandel. Ihr globales Regelwerk und die Streitschlichtung haben sich bewährt. Deshalb wollen wir im Handelsstreit ein Zeichen setzen und alle Zölle und handelsverzerrenden Subventionen in Europa abbauen. Dabei muss sich Europa aber auch endlich zu einem schlagkräftigen dritten Wirtschaftsblock in der Mitte zwischen den USA und Asien emanzipieren und qualitativ und quantitativ entwickeln. Wir fordern:

- Ein umfängliches Handelsabkommen zwischen der EU und den USA zu schließen, das zunächst alle Zölle und Importquoten für Industriegüter vollständig beseitigt und schnelle regulatorische Erleichterungen schafft, ohne die EU-Standards zu verwässern.
- Ein Zoll-Moratorium zwischen der EU und den USA. Dadurch werden alle Strafzölle ausgesetzt, zumindest bis die Entscheidung EU gegen Boeing im WTO-Verfahren vorliegt.
- Europa zum zentralen Ort des freien Handels und des Wettbewerbs zu machen und einseitig alle Zölle sowie handelsverzerrenden Subventionen und nicht-tarifäre Handelshemmnisse gegenüber Drittstaaten abzuschaffen.
- Den europäischen Binnenmarkt stärken anstatt ihn zu schwächen und auf einen europaweit unbürokratischen und einheitlichen Umgang mit A1-Bescheinigung und EU-Entsenderichtlinie hinwirken.
- Die europäische Subventionskontrolle und Beihilferegulungen auf Unternehmen aus Drittstaaten auszuweiten, um fairen Wettbewerb in Europa zu ermöglichen.